

**Protokoll über die 20. Sitzung des Kreisausschusses  
am 27. April 2026**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:39 Uhr

Anwesende: Landrat Thomas Ahke  
Hans-Joachim Roth, FG CDU/ABL  
Annette Lehmann, FG CDU/ABL  
Iven Görbig, AfD-Fraktion  
Andreas Henning, SPD-Fraktion  
Karl-Josef Montag, Fraktion FWG-UH/FDP  
Cordula Eger, Fraktion LINKE/Grüne

Verwaltung: Gernot Richter, FBL 3  
Benjamin Fricke, FBL 4  
Sebastian Junker, FD IT

Schifführung: Andrea Junker, Kreistagsbüro

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 19. Sitzung des Kreisausschusses vom 23.03.2026
- 5 Vorbereitung der Kreistagssitzung am 04. Mai 2026
- 6 Bestätigung und Beschlussfassung der vom Kreisausschuss zu genehmigenden Ausgaben zur finanziellen Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen des Unstrut-Hainich-Kreises
- 7 Öffentliche Ausschreibung Nr. 2025-038-UHK-SVGLM\_Los 10: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen - Erneuerung der sanitären Anlagen und Ertüchtigung der Feuerlöschleitung
- 8 Öffentliche Ausschreibung Nr. 2025-038-UHK-SVGLM\_Los 11: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen – Aufzug

- 9 Öffentliche Ausschreibung Nr. 058-2024-UHK-GLM\_Los 12: Regelschule Langula – digitale Schließanlage
- 10 Diskussion über Möglichkeiten zur Straffung der Kreistagssitzungen
- 11 Vorstellung und Diskussion zur Einführung einer KI-gestützten Protokollierung der Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse und Beiräte
- 12 Sonstiges

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 13 Verhandlungsvergabe Nr. 2025-046-UHK-SVGLM\_Los 3 - Sanierung Schulsporthalle TGS Menteroda - Planung Elektro
- 14 Verhandlungsvergabe Nr. 2025-046-UHK-SVGLM\_Los 4 - Sanierung Schulsporthalle TGS Menteroda - Planung Tragwerk
- 15 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

### **Zum TOP 01 – Eröffnung und Begrüßung**

Der Landrat eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Kreisausschussmitglieder.

### **Zum TOP 02 – Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Landrat stellte mit sechs von sieben anwesenden Kreisausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zum TOP 03 – Bestätigung der Tagesordnung**

Der Landrat beantragte die Aufnahme eines neuen TOP 12 im öffentlichen Teil im Rahmen der Dringlichkeit: „Freihändige Vergabe Nr. 2026-038-UHK-SVGLM\_Los 15: Kreismusikschule, Lindenbühl 28, 99974 Mühlhausen – Einbruchmelde- und Brandmeldeanlage.“

Zur Begründung sei Folgendes zu sagen:

Im Zuge der bereits begonnenen Baumaßnahme habe sich gezeigt, dass die vorhandene Hausalarmanlage erweitert und eine Einbruchmeldeanlage installiert werden müsse. Der bereits mit den Elektroinstallationen beauftragte Auftragnehmer möchte diese zusätzlichen Arbeiten nicht übernehmen, daher ist eine Erweiterung des bestehenden Auftrags nicht möglich und die Leistung muss neu vergeben werden.

Hierzu wurde eine Freihändige Vergabe mit einem Teilnehmer durchgeführt (nur Firma Elmü Elektro), da sie bereits die bestehende Hausalarmanlage betreuen und warten.

Die Vergabe sei dringend, da sonst Folgegewerke behindert werden und eine Verzögerung der Baumaßnahme riskiert werde.

Die weiteren TOP verschieben sich entsprechend.

Es gab keine Wortmeldungen.

Der Landrat rief zur Abstimmung über den Antrag der Verwaltung zur Aufnahme eines neuen TOP 12 im öffentlichen Teil „Freihändige Vergabe Nr. 2026-038-UHK-SVGLM\_Los 15: Kreismusikschule, Lindenbühl 28, 99974 Mühlhausen – Einbruchmelde- und Brandmeldeanlage“ auf.

Der Antrag wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen.

Der Landrat rief zur Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung auf. Sie wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen angenommen.

Bestätigte Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 19. Sitzung des Kreisausschusses vom 23.03.2026
- 5 Vorbereitung der Kreistagssitzung am 04. Mai 2026
- 6 Bestätigung und Beschlussfassung der vom Kreisausschuss zu genehmigenden Ausgaben zur finanziellen Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen des Unstrut-Hainich-Kreises
- 7 Öffentliche Ausschreibung Nr. 2025-038-UHK-SVGLM\_Los 10: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen - Erneuerung der sanitären Anlagen und Ertüchtigung der Feuerlöschleitung
- 8 Öffentliche Ausschreibung Nr. 2025-038-UHK-SVGLM\_Los 11: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen – Aufzug
- 9 Öffentliche Ausschreibung Nr. 058-2024-UHK-GLM\_Los 12: Regelschule Langula – digitale Schließanlage
- 10 Diskussion über Möglichkeiten zur Straffung der Kreistagssitzungen
- 11 Vorstellung und Diskussion zur Einführung einer KI-gestützten Protokollierung der Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse und Beiräte

- 12 Freihändige Vergabe Nr. 2026-038-UHK-SVGLM\_Los 15: Kreismusikschule, Lindenbühl 28, 99974 Mühlhausen – Einbruchmelde- und Brandmeldeanlage
- 13 Sonstiges

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 14 Verhandlungsvergabe Nr. 2025-046-UHK-SVGLM\_Los 3 - Sanierung Schulsporthalle TGS Menteroda - Planung Elektro
- 15 Verhandlungsvergabe Nr. 2025-046-UHK-SVGLM\_Los 4 - Sanierung Schulsporthalle TGS Menteroda - Planung Tragwerk
- 16 Wiederherstellung der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

### **Zum TOP 04**

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/185/2026 lag die Verwaltungsvorlage - Genehmigung des Protokolls der 19. Sitzung des Kreisausschusses vom 23. März 2026 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 19. Sitzung des Kreisausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 23. März 2026 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/185-20/2026**.

### **Zum TOP 05 – Vorbereitung der Kreistagssitzung am 04. Mai 2026**

Der Landrat verwies auf die vorgesehene Tagesordnung der Kreistagssitzung am 30. März 2026 und erläuterte die Tagesordnungspunkte.

Zum TOP 8 der Kreistagssitzung - Antrag der SPD-Fraktion: Pflegestützpunkt einrichten

Der Landrat führte aus, dass der Haushalts- und Finanzausschuss darüber beraten, aber kein Votum abgegeben habe, da man erst das Ergebnis des Sozialausschusses abwarten wollte. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfahl, dass sich der Kreisausschuss nochmals mit dem Thema beschäftige. Der Sozialausschuss stimmte mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung für die Annahme der Beschlussvorlage.

Die Verwaltung sehe keine Notwendigkeit, einen Pflegestützpunkt einzurichten. Die vorhandenen Beratungsangebote seien ausreichend. Es sei auch keine Datenerhebung bekannt, dass weiterer Bedarf bei den Bürgern bestehe.

Herr Richter berichtete von der Teilnahme des Herrn Nüßle, 1. Beigeordneter Landkreis Nordhausen, und Frau Susanna Riemann-Störr, Landkreis Nordhausen, an der Sitzung des Sozialausschusses. Das Projekt Pflegestützpunkt im Landkreis Nordhausen wurde ausführlich vorgestellt. Im Landkreis Nordhausen arbeite der Pflegestützpunkt mit dem Projekt Agathe zusammen.

Im Ergebnis könne festgestellt werden, dass es nicht zu belegbaren Einsparungen bei den Pflegekosten aufgrund des Pflegestützpunktes gekommen sei.

Herr Roth erscheint um 16:05 zur Sitzung. Damit erhöht sich die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder auf sieben.

Herr Richter fuhr fort.

Der Landkreis Nordhausen betreibe den Pflegestützpunkt seit 15 Jahren. Auch die Zahlen des Landesamts für Statistik Thüringen belegen die These der Einsparungen nicht.

		<i>Nordhausen</i>	<i>UHK</i>
2017	Anzahl Pflegebedürftige insgesamt	5.432	6.793
	Anzahl je 1000 Einwohner	64,1 %	65,6 %
	Personen vollstationäre Pflege	1.449	1.458
2019	Anzahl Pflegebedürftige insgesamt	6.368	8.246
	Anzahl je 1000 Einwohner	76,3 %	80,7
	Personen vollstationäre Pflege	1.437	1.433
2021	Anzahl Pflegebedürftige insgesamt	8.332	10.175
	Anzahl je 1000 Einwohner	102,0 %	100,5 %
	Personen vollstationäre Pflege	1.418	1.395
2023	Anzahl Pflegebedürftige insgesamt	9.836	12.264
	Anzahl je 1000 Einwohner	120,7 %	127,1 %
	Personen vollstationäre Pflege	1.420	1.418

An der Auswertung könne man erkennen, dass es nicht so sei, dass weniger kostenintensive Fälle aufgrund einer Beratung im Pflegestützpunkt entstehen.

Eine Steigerung der Fälle der vollstationären Fälle habe andere Ursachen. Dies sei zum Beispiel, dass Pflegebedürftige bereits seit längerer Zeit im Heim seien und das Vermögen sei aufgebraucht. Auch die allgemein gestiegenen Kosten in den Pflegeeinrichtungen seien eine Ursache.

Zwischen der Einrichtung eines Pflegestützpunktes und einer Kostenersparnis besteht kein Zusammenhang. Der Landkreis habe ausreichend Beratungsangebote für die Bürger. Auch die Verwaltung selbst sei so aufgestellt, dass es ausreichend sei.

Der Landrat führte aus, dass es letztens einen Austausch der Dorfkümmerer gegeben habe. Hier sei auch berichtet worden, dass man sich oft Mitarbeiter der Verwaltung für verschiedene Beratungen einlade.

In Nordhausen beinhalte der Pflegestützpunkt eine volle Stelle. Dort habe man zusätzlich Zugriff auf die Agathe-Schwestern, weil diese auch direkt dem Landkreis unterstellt seien. Dies sei hier nicht so. Aktuell gebe es auch die Auflage, dass die Tätigkeit der Agathe-Schwestern auf den gesamten Landkreis auszuweiten sei. Daher befinde sich dieses Projekt aktuell im Umbruch und in der Neuaufstellung und stehe für eine Zusammenarbeit mit einem Pflegestützpunkt nicht zur Verfügung.

Fazit sei, dass der Landkreis Nordhausen seit 15 Jahren eine Pflegestützpunkt habe und keinen spürbaren Effekt erzielte.

Herr Richter verwies auf die Überlegungen des Landes, einen Pflegestützpunkt ggf. verpflichtend festzulegen. Dies werde im Zusammenhang mit Bürokratieabbau und Einsparungen bei den Kassen derzeit betrachtet.

Herr Montag meinte, wenn das Land an einer einheitlichen Regelung arbeite, sollte man jetzt nicht aktiv werden, sondern abwarten. Die Pflegekasse sei federführend verantwortlich. Wenn die Vorgaben nicht von dort kommen, sollte man auch keine Initiative ergreifen. Man müsse sich auch am Haushalt orientieren. Hier seien für 2026 keine Mittel eingestellt. Wenn die Beschlussvorlage eine Mehrheit finde, sollte man es daher frühestens im nächsten Haushaltsjahr umsetzen.

Er meine, die Antragsteller sollten überlegen, die Beschlussvorlage zu verschieben, bis das Land einen Zeitraum vorlege, in dem es beabsichtige, Regelungen zu treffen. Danach könnte man konkret über dieses Thema reden. Seine Fraktion könne der Beschlussvorlage in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Frau Lehmann gab bekannt, dass sie zum Sachverhalt keine Aussage treffen könne, da die Fraktion noch nicht getagt habe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief dazu auf, eine Beschlussempfehlung für den Kreistag abzugeben.

- Die Mitglieder des Kreisausschusses empfehlen dem Kreistag mit 2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen nicht die Annahme der Beschlussvorlage „Pflegestützpunkt einrichten“.

#### Zum TOP 16 der Kreistagssitzung - Beschlussfassung über den Beitritt des Unstrut-Hainich-Kreises zum Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT)

Der Landrat erläuterte die Beschlussvorlage.

Frau Lehmann meinte, dass die Stimmung bei den privaten Busunternehmen zum Beitritt ja nicht so positiv sei.

Der Landrat meinte, dass man das nicht so pauschal sagen könne. Fa. Weingardt sei gegen einen Beitritt. Die Fa. König wäge noch ab, sei aber eher dafür. Die Regionalbus warte den politischen Willen des Kreistages ab.

Die Aussage von Frau Lehmann, dass nach einem Beitritt der Einfluss auf die Preisgestaltung wegfallen, bestätigte der Landrat.

Sinn und Zweck des Beitrittes sei jedoch, dass die Kleinteiligkeit weg falle. Die Nutzung des ÖPNV solle für den Bürger einfacher und einheitlicher werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief dazu auf, eine Beschlussempfehlung für den Kreistag abzugeben.

- Die Mitglieder des Kreisausschusses empfehlen dem Kreistag mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen die Annahme der Beschlussvorlage „Beitritt des Unstrut-Hainich-Kreises zum Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT)“.

Zum TOP 17 der Kreistagssitzung - Beschlussfassung der Richtlinie für die Thüringer-Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ) im Unstrut-Hainich-Kreis im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen" (LSZ)

Der Landrat erläuterte die Beschlussvorlage.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief dazu auf, eine Beschlussempfehlung für den Kreistag abzugeben.

- Die Mitglieder des Kreisausschusses empfehlen dem Kreistag mit 7 Ja-Stimmen die Annahme der Beschlussvorlage „Richtlinie für die Thüringer-Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ) im Unstrut-Hainich-Kreis“.

Zum TOP 18 der Kreistagssitzung - Beschlussfassung über den Beitritt zum Rahmenvertrag (Nr. 30.2012/61) der Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung sowie Ermächtigung des Landrats zum Abschluss daraus resultierender Verträge

Herr Fricke erläuterte die Beschlussvorlage. Mit dem Beitritt zum Rahmenvertrag der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung wolle man die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vereinfachen und das Vergabeverfahren beschleunigen. Die Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung sei eine alternative Ergänzung zur KIV.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief dazu auf, eine Beschlussempfehlung für den Kreistag abzugeben.

- Die Mitglieder des Kreisausschusses empfehlen dem Kreistag mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme der Beschlussvorlage „Beitritt zum Rahmenvertrag der Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung“.

Zum TOP 19 der Kreistagssitzung - Beschlussfassung zur Feststellung der Jahresrechnung 2021 des Unstrut-Hainich-Kreises

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief dazu auf, eine Beschlussempfehlung für den Kreistag abzugeben.

- Die Mitglieder des Kreisausschusses empfehlen dem Kreistag mit 7 Ja-Stimmen die Annahme der Beschlussvorlage „Feststellung der Jahresrechnung 2021“.

#### Zum TOP 20 der Kreistagssitzung - Beschlussfassung zur Entlastung des Landrates und der ehrenamtlichen Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2021

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Er gab bekannt, dass er aufgrund Befangenheit sowohl heute hier als auch im Kreistag nicht mit abstimmen werde.

Es wurde diskutiert, ob der Landrat und die ehrenamtlichen Beigeordneten tatsächlich befangen seien und an der Abstimmung nicht teilnehmen dürfen?

Der Landrat sicherte eine Prüfung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief dazu auf, eine Beschlussempfehlung für den Kreistag abzugeben.

- Die Mitglieder des Kreisausschusses empfehlen dem Kreistag mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme der Beschlussvorlage „Entlastung des Landrates und der ehrenamtlichen Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2021.“  
Der Landrat hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Weitere Ausführungen zur Tagesordnung der Kreistagssitzung am 24. Februar 2026 wurden nicht gemacht.

#### Zum TOP 06

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/184/2026 lag die Verwaltungsvorlage - Bestätigung und Beschlussfassung der vom Kreisausschuss zu genehmigenden Ausgaben zur finanziellen Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen des Unstrut-Hainich-Kreises – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage. Insgesamt standen 17.500 EUR zur Verfügung. Für das 2. Halbjahr seien weitere 17.500 EUR in Aussicht gestellt worden. Anträge seien in Höhe von 26.610,00 EUR eingegangen. Nach Prüfung auf Grundlage des beschlossenen Punktevergabesystems solle der Kreisausschuss 16.760 EUR bewilligen. Der Restbetrag in Höhe von 740 EUR werde in die zweite Rate übernommen.

Frau Lehmann gab bekannt, dass sie nicht mit abstimmen werde, da sie den Antrag des Vereins der Freunde der Vogelschutzwarde Seebach e.V. unterschrieben habe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Kreisausschuss stimmt der Bewilligung der finanziellen Unterstützung für die in der Anlage aufgeführten Vereine gemäß den Vorgaben der Richtlinie zur finanziellen Unterstützung von gemeinnützigen Vereinen des Unstrut-Hainich-Kreises im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von 17.500 EUR zu. Die Mittel werden aus der Haushaltsstelle 300000.598500 – Verwendung Spenden (aus Ugr. 175000) - zur Verfügung gestellt. Nicht in der ersten Vergaberunde gebundene Mittel werden in der zweiten Vergaberunde berücksichtigt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/184-20/2026.**

Frau Lehmann hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**Zum TOP 07**

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/199/2026 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 2025-038-UHK-SVGLM\_Los 10: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen - Erneuerung der sanitären Anlagen und Ertüchtigung der Feuerlöschleitung – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 2025-038-UHK-SVGLM\_Los 10: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen - Erneuerung der sanitären Anlagen und Ertüchtigung der Feuerlöschleitung gemäß § 3 Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen in Verbindung mit dem Thüringer Vergabegesetz wird der Auftrag für Los 10 frühestens nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gemäß § 14 Thüringer Vergabegesetz an den Bieter Nohl Eisenach GmbH, An der Feuerwache 4, 99817 Eisenach mit einer Auftragssumme in Höhe von 129.055,44 € brutto erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen und angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/199-20/2026.**

**Zum TOP 08 - Öffentliche Ausschreibung Nr. 2025-038-UHK-SVGLM Los 11: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen – Aufzug**

Der Landrat gab bekannt, dass die Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Beschlussvorlage vorlege. Grund hierfür seien Verzögerungen bei den Nachforderungen und somit eine unvollständige Wertung. Die Bindefrist im Verfahren wurde mit Zustimmung der Bieter auf den 29.05.2026 verlängert. Die Verwaltung wird die Beschlussvorlage zur nächsten Sitzung am 18.05.2026 vorlegen.

## Zum TOP 09

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/187/2026 lag die Verwaltungsvorlage – Öffentliche Ausschreibung Nr. 058-2024-UHK-GLM\_Los 12: Regelschule Langula – digitale Schließanlage – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Öffentlichen Ausschreibung Nr. 058-2024-UHK-GLM\_Los 12 für die digitale Schließanlage der Regelschule Langula gemäß § 3 Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen in Verbindung mit dem Thüringer Vergabegesetz wird der Auftrag frühestens nach Ablauf der Informations- und Wartepflicht gem. § 14 Thüringer Vergabegesetz an den Bieter Sicherheitstechnik Lerch, Kilianistr. 45, 99974 Mühlhausen mit einer Auftragssumme brutto in Höhe von 29.070,97 € erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen und angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/187-20/2026.**

## Zum TOP 10 - Diskussion über Möglichkeiten zur Straffung der Kreistagssitzungen

Der Landrat verwies auf die in der letzten Sitzung geführte Diskussion, die man heute fortführen wolle. Die Verwaltung habe folgende Vorschläge:

- Die Berichte der Verwaltung (außer der Bericht Landrat) werden am Freitag in der vorletzten Woche vor dem Kreistag allen Kreistagsmitgliedern per Mail übersandt. In der Kreistagssitzung wird der Bericht kurz von der Verwaltung vorgestellt (Redezeit maximal 10 Minuten), anschließend besteht die Möglichkeit der Aussprache.
- Die TOP „Anfragen aus dem Kreistag“ und „Bürgeranfragen“ werden am Beginn der Kreistagssitzung gelassen, aber in der Reihenfolge getauscht.

Herr Montag führte aus, dass die Fraktion FWG-UH/FDP beim Beginn 17 Uhr bleiben wolle. Unter Berücksichtigung der Berufstätigkeit der Fraktionsmitglieder sei ein früherer Beginn nicht sinnvoll.

Die Fraktion FWG-UH/FDP würde die Anfragen und die Bürgeranfragen an das Ende der Sitzung setzen.

In der Fraktion wurde diskutiert, zu überlegen, dass nur noch Fragen und Bürgeranfragen beantwortet werden, die drei Tage vorher schriftlich in der Verwaltung eingereicht werden.

Damit könne die Verwaltung auch besser auf inhaltlich falsche Behauptungen reagieren und es herrsche eine Gleichheit zwischen den Argumenten. Dies sei aber nur als Vorschlag zu werten. Finde dies keine Mehrheit, würde die Fraktion auf dieser Änderung auch nicht bestehen.

Frau Eger gab bekannt, dass sie die Vorschläge der Verwaltung gut finde. Die Fraktion LINKE/Grüne würde ebenfalls beim Beginn 17 Uhr bleiben wollen. Eine Verlegung der Anfragen und Bürgeranfragen ans Ende der Sitzung fände man nicht gut. Man könnte noch die Zeit für die Anfragen von 45 Minuten auf 30 Minuten kürzen.

Herr Görbig merkte an, dass auch die AfD-Fraktion beim Beginn 17 Uhr bleiben wolle. Auch die Anfragen und Bürgeranfragen am Anfang der Sitzung werde besser gefunden.

Er glaube, dass der Vorschlag, Bürgeranfragen seien 3 Tage vorher bei der Verwaltung einzureichen, schlecht umsetzbar sei, da der Bürger nicht so kündigt mit den Fristen sei. Das würde die Bürgeranfragen eher blockieren.

Da Bürgeranfragen oft für ein Statement genutzt werden, würde die Fraktion sich einen rigoroseren Eingriff des Kreistagsvorsitzenden wünschen. Man könnte generell ca. eine Minute für eine Einführung geben und dann müsse eine Frage gestellt werden. Vielleicht könnte der Kreistagsvorsitzende darauf auch jeden Bürger nochmals hinweisen, der ans Rednerpult trete. Gleiches sollte auch für die Anfragen der Kreistagsmitglieder gelten.

Herr Henning merkte an, dass die SPD-Fraktion noch nicht getagt habe. Aber auch er sehe es so, dass es kompliziert werden könnte, wenn Bürgeranfragen vorher eingereicht werden müssen. Für alles weitere

Frau Lehmann gab bekannt, dass die FG CDU/ABL auch noch nicht getagt habe. Beim Beginn 17 Uhr könne man bleiben. Die Vorschläge der Verwaltung finde sie gut. Die Anfragen und Bürgeranfragen sollten am Anfang verbleiben. Sie finde auch eine Verkürzung der Anfragezeit von 45 auf 30 Minuten gut. Schriftlich eingereichte Anfragen werden in der Reihenfolge ja zuerst beantwortet. Dass Bürgeranfragen auch drei Tage vorher eingereicht werden müssen, finde sie nicht umsetzbar. Man sollte rigoros auch darauf achten, dass keine Anfragen zu Tagesordnungspunkten zugelassen werden.

Herr Roth meinte, vielleicht könnte man eine Endzeit für die Kreistagssitzung festlegen.

Herr Görbig erwiderte, dass er das schwierig zu organisieren finde.

Der Landrat verwies auf den Stadtrat Mühlhausen, der dies so praktiziere. Man tage dann am Folgetag weiter. Das bedeute aber auch, dass man sich immer den Folgetag freihalten müsse.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Der Landrat gab bekannt, dass die Verwaltung die Vorschläge zusammenfassen werde. Er bitte, diese dann in den Fraktionen zu diskutieren. Die Verwaltung werde das Thema in der Sitzung am 22.06.2026 wieder auf die Tagesordnung setzen.

### **Zum TOP 11 - Vorstellung und Diskussion zur Einführung einer KI-gestützten Protokollierung der Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse und Beiräte**

Der Landrat führte aus, dass zur Arbeitserleichterung der Protokollierung auch auf Wunsch des Kreisausschusses die Verwaltung sich mit der Einführung einer KI-gestützten Protokollierung beschäftigt habe.

Frau Junker erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation wie folgt:

- Information zum durchgeführten Markterkundungsverfahren, in dessen Ergebnis die Software der Fa. Speechmind Dresden favorisiert werde
- Vorteile der KI-Protokollierung
- Darstellung der Anforderungen, die die Verwaltung an eine Lösung gestellt hat
- Was bietet die Software der Fa. Speechmind?
- Interne Vorbereitungen zur Einführung der Software
- Allgemeine Hinweise zur Einführung der Software
- Zeitplan zur Einführung der Software

Herr Junker führte anhand der Power-Point-Präsentation zu den technischen Ausführungen aus:

- Funktionsweise der Software
- Datenverarbeitung
- Datenschutz
- Information zum Testzugang

Die Mitglieder des Kreisausschusses stehen insgesamt der Einführung der KI-gestützten Protokollierung positiv gegenüber.

### **Festlegungen:**

- Die Präsentation wird zur Verfügung gestellt. Die Kreisausschussmitglieder werden das Thema der Fraktion vorstellen. Eventuelle Hinweise werden an das Kreistagsbüro gesandt.
- Die Verwaltung wird den Grundsatzbeschluss zur Einführung der KI-gestützten Protokollierung für die Kreistagssitzung am 29.06.2026 vorbereiten.
- Sollte sich keine Mehrheit für den Grundsatzbeschluss abzeichnen, wird die Verwaltung den TOP nicht auf die Tagesordnung setzen.

## Zum TOP 12

Mit der Drucksache-Nr.: KA/BV/200/2026 lag die Verwaltungsvorlage – Freihändige Vergabe Nr. 2025-038-UHK-SVGLM\_Los 15: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen – Einbruchmelde- und Brandmeldeanlage – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Freihändigen Vergabe Nr. 2025-038-UHK-SVGLM\_Los 15: Kreismusikschule, Lindenbühl 28/29, 99974 Mühlhausen - Einbruchmelde- und Brandmeldeanlage gemäß § 3 Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen in Verbindung mit dem Thüringer Vergabegesetz wird der Auftrag für Los 15 an den Bieter Elmü Elektro/Elektronik GmbH, Im Flarchen 11, 99974 Mühlhausen mit einer Auftragssumme in Höhe von 48.646,73 € brutto erteilt. Die Informations- und Wartepflicht gemäß § 14 Thüringer Vergabegesetz entfällt, da nur ein Angebot vorliegt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen und angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: KA/B/200-20/2026.**

## Zum TOP 07 – Sonstiges

Der Landrat informierte über das neue Logo für die Öffentlichkeitsarbeit, welches eingeführt werden solle. Wie man sicher wisse, gab es hierzu in den sozialen Medien viel Kritik. An der Bürgerabstimmung haben sich 1.300 Menschen beteiligt. An der Mitarbeiterumfrage haben 150 Mitarbeiter teilgenommen. Er glaube, diese Zahl der Beteiligungen spreche für das neue Logo und stehe den vielleicht 100 kritischen Stimmen in den sozialen Medien entgegen.

Weiterhin wolle er informieren, dass im Landratsamt eine Sachbezugskarte für die Mitarbeiter eingeführt worden sei. Damit werden für die Mitarbeiter Sachbezüge auf einer Guthabekarte ausgegeben. Die Gestaltung der Karte sei bereits in den neuen Farben blau und grün erfolgt. Auf der Karte sei der Umkreis des Unstrut-Hainich-Kreis mit 15 Piktogramme, die Sehenswürdigkeiten des Landkreises darstellen, zu sehen.

Auch die neuen T-Shirts des Landratsamtes zum Röblinglauf werden bereits in den neuen Farben und im neuen Design sein.

Seit heute sei der neue Chatbot auf der Internetseite des Landkreises online, der die Bürger durch die Beantwortung von Fragen gezielt weiterleiten soll.

Anhand von Beispielen wird die Arbeitsweise des Chatbot erläutert.

Frau Lehmann verlässt um 17:31 Uhr die Sitzung. Damit verringert sich die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder auf sechs.

Herr Roth verwies auf zwei vakante Arztstellen in Schlotheim und die Kündigung der Praxisräume. Wie soll die ärztliche Versorgung der Bürger in Schlotheim und der Bewohner der GU Obermehler sichergestellt werden?

Der Landrat sicherte Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Damit war der öffentliche Teil der Sitzung des Kreisausschusses beendet.

**Nichtöffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses vom 27. April 2026**

Der Landrat stellte um 16:37 Uhr fest, dass die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war die Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Junker  
Schriftführerin

bestätigt: Ahke  
Landrat